Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Kompreszeilenzeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (amtl.) an den dreispaltigen Teil einer Zeitungsseite 1.50 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Ges. Inseratenexpedition, Sitz Dresden, Sitzstraße 7, Fernruf, Tel. 27 555. Postscheck Dresden 206 15. Verantwortlich: Fritz Sch., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2.20 RM. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Zustellung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klettich, Dresden-A., Kamenzerstraße 40. Tel. 20 523. Postscheckkonto Dresden 20 404. Verantwortlich für Lokales: Otto Bäbel, Dresden; Ausland: Karl Preisner, Berlin; übriger Teil: Erich Geibemann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Richter, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Sitzstraße 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 600.

8. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 2. Juni 1932 | Nummer 127

Das Programm der Diktatur der Junker, Generale und Trustkapitalisten:

Schärfste politische und soziale Reaktion!

Haßerfüllte Feindschaft gegen Sowjetunion . Erfüllung der Forderungen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen Scheinoppositionelle Erklärungen des Zentrums und der SPD . Die Reichstagsauflösung durch v. Papen wahrscheinlich

Organisiert die Antifaschistische Aktion zum außerparlamentarischen Kampf!

Berlin, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird gemeldet:

Der Reichspräsident von Hindenburg hat Herrn von Papen zum Reichskanzler und auf dessen Vorschlag folgende Herren zu Reichsministern ernannt:

Das Mitglied des Reichsrates, Freiherr von Gayl zum Reichsminister des Innern; General von Schleicher zum Reichswehrminister; Professor Dr. Warmbold zum Reichswirtschaftsminister; den Regierungspräsidenten Freiherrn von Braun zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, gleichzeitig zum Ost-Kommissar; ferner den Reichsbahndirektionspräsidenten Freiherrn von Eltz-Rübenach zum Reichspost- und gleichzeitig zum Verkehrsminister. Noch nicht besetzt sind die Posten des Arbeits- und Finanzministers.

Dieser Regierung der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion sprechen neben der Stahlhelm- und Kreuzzeitung die Nationalsozialisten ihr Vertrauen aus. Es ist die Regierung der Kriegserklärung an die werktätigen Massen Deutschlands und des Bündnisses von Hindenburg bis Hitler. Im Braunen Haus in München herrscht große Freude über die Galerie von Blaublütlern und Kapitalisten in der Wilhelmstraße. Die maßgebenden Persönlichkeiten der Hitlerpartei haben schon ihre Bereitschaft zur Stützung der neuen Regierung erklärt und dafür zwei Bedingungen gestellt: **Die Aufhebung des SS-Verbotes und die Neuwahl des Reichstages.**

Inzwischen haben auch das Zentrum und die SPD Erklärungen veröffentlicht. Das Zentrum erklärt am Schluß seiner Darlegungen darüber, daß die Lösung der Regierungskrise nur eine Zwischenlösung darstelle und deshalb keine „nationale Konzentration" sei. Das Zentrum lehne daher diese Zwischenlösung ab. Die SPD beschäftigt sich in ihrer Erklärung auf der Feststellung, daß die neue Regierung nun zeigen müsse, ob außen- und innenpolitisch in der Lage sei, die Gegenwartsprobleme der kapitalistischen Republik zu lösen.

Durch die geschaffene parlamentarische Lage wird allentlich in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse von Neuwahlen des Reichstages schon im Juli gesprochen, da die Papen-Schleicher-Regierung im jetzigen Reichstag keine Mehrheit finden würde. Der Reichspräsident werde deshalb die Reichstagsauflösung verfügen. Von anderer Seite wird so kombiniert, daß der Aeltestenausschuß des Reichstages unter Umständen auf die Regierungserklärung, die damit verbundene Aussprache und Abstimmung über das Vertrauen bis nach der Lausanner Konferenz verschiebt, und damit die Parlamentsauflösung bis zum Juli verzögert wird.

Unterrichtete Kreise hinter der reaktionären Faschistenregierung lassen aber bereits durchblicken, daß der Reichskanzler das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten schon in der Tasche habe und unter Umständen die für den 6. Juni geplante Reichstagseinberufung gar nicht erst abwartet, oder aber nach Verlesung einer Regierungserklärung den Reichstag auflöst. Alle diese Dinge hängen deshalb noch in der Schwebe, weil hinter den Kulissen noch gefuhrhandelt wird, durch parlamentarische Manöver das Vertrauensvotum für diese Regierung zu erschleichen, damit sie mit der Durchführung der arbeiterfeindlichen Maßnahmen dort weiter machen kann, wo Brüning aufhörte.

Inzwischen hat auch diese neue Regierung selbst ihre Kamele durch Leute in der Oeffentlichkeit erklären lassen, was sie mit Hitlers Gnaden durchzuführen gedenke. Der konservative Reichspost-Mann erklärt, daß

seine Regierung zur Durchführung der „vordringlichen Aufgaben" die Fortsetzung der sachlichen Arbeit des Kabinett Brünings bedeute.

Was diese Fortsetzung der sachlichen Arbeit Brünings für die breiten Massen des werktätigen Volkes bedeutet, das verrät der zweifelsohne gutunterrichtete Dresdner Anzeiger, der in seiner heutigen Ausgabe aus der Regierungsquelle folgende Mitteilungen macht:

„Man wird für die nächste Zeit sicherlich mit einschneidenden Veränderungen auf manchen Gebieten zu rechnen haben. Die Wiederaufhebung des SA-Verbotes gilt, wenn auch mit mancherlei Einschränkungen und Auflagen für diese Kampfschaft, für wahrscheinlich. Im Tarifwesen wird eine weitgehende Lockerung und ein stärkerer Abbau zu erwarten sein. **Die Außenpolitik geht zwar voraussichtlich zwangsläufig in der bisherigen Bahn weiter, aber im übrigen wird man sich auf Aenderungen einstellen müssen."**

Das bedeutet in der Praxis also nicht mehr und nicht weniger, als daß nur mit beschleunigtem Tempo in der bisherigen Politik Brüningscher Notverordnungen fortgefahren wird. Weitere Lockerung des Tarifwesens, das ist die Verwirklichung der Forderung des bisherigen Reichsarbeitsministers Stegerwald, der verlangte, von dem jetzigen Tarifwesen abzugehen und zu den Verhältnissen der freien Betriebsvereinbarungen der Vorkriegszeit zurückzukehren. Auch die Brüningregierung hatte bereits Vorarbeiten geleistet, um gestützt auf die Sozialdemokratie, die Grundlagen für einen faschistischen Ständestaat zu legen, als Voraussetzung dafür, sozial- und wirtschaftspolitisch die schärfsten reaktionären Maßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen.

Und was die Aenderungen in der Außenpolitik anbelangt, so liegen sie nur in der Linie, die **Eingliederung Deutschlands in die Antisowjetfront, die Vorbereitung des imperialistischen Interventionskrieges gegen Sowjetrußland in schnellerem Tempo durchzuführen,** entsprechend der rasenden Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die zu diesem internationalen „Krisenausweg" treibt.

Das ist die Politik der faschistischen Bourgeoisie, in deren Dienst der **sozialdemokratische Kandidat im Präsidentenwahlkampf, Hindenburg,** Brüning zur Seite schob, um **gestützt auf die Nazis, die schärfste faschistische Diktatur gegen die Arbeiterschaft weiter vorwärtszutreiben.** Und die **neue Regierung** ist das Werkzeug, hinter dem die Nazis stehen. Der Dresdner Anzeiger weiß über die künftige Entwicklung schon einiges zu melden und erklärt im Zusammenhang mit den zu erwartenden Angriffen auf die Arbeiterschaft zur Regierung:

„Man spricht von gewissen Vereinbarungen zwischen Reichspräsident und Hitler, wonach die Nationalsozialistische Partei das jetzige Kabinett der Rechten unter Umständen auch

---

Die Erwerbslosen von Brand-Erbisdorf beschließen

Mieter- und Lichtstreik

Rote Einheitsfront von SPD-Arbeitern, Parteilosen und Kommunisten . Gemeinsamer Kampfausschuß gebildet . Geschlossene Demonstration wehrt Naziprovokation ab

Brand-Erbisdorf, 1. Juni (Eig. Ber.)

Am Freitag der vergangenen Woche weigerten sich die Erwerbslosen die gekürzte Unterstützung anzunehmen, erst in den Abendstunden wurde diese Unterstützung mit großem Protest angenommen.

Heute fand eine große Erwerbslosenversammlung im Hotel Stadt Dresden statt, die einstimmig beschloß, den Kampf weiterzuführen und außerdem wurde einstimmig beschlossen, in den Mieter- und Lichtstreik zu treten. Es wurde ebenfalls einstimmig ein Kampfausschuß eingesetzt.

Anschließend an die Versammlung fand eine geschlossene Demonstration der hiesigen Erwerbslosen statt. An ihr beteiligten sich Kommunisten, Parteilose, Reichsbannerarbeiter und sozialdemokratische Arbeiter. Die Demonstration zählte etwa 100 Mann und zog durch die ganze Stadt.

Am Marktplatz versuchten die Nazis die Arbeitslosen zu provozieren und hißten außerdem auf dem Hotel Stadt Dresden eine große Hakenkreuzfahne. Die Erregung der Arbeiter war so groß, daß in wenigen Minuten die Fahne heruntergeholt und auf dem Markt in Stücke gerissen wurde.

Die Polizei wagte angesichts der Empörung und Geschlossenheit der Arbeiter nicht, einzuschreiten.

terdemonstranten hören: „Wir haben Hunger!" „Wir wollen Arbeit und Brot!" „Nieder mit dem faschistischen Terror!" „Nieder mit der Generaldiktatur!" „Es lebe die Kommunistische Partei und die Antifaschistische Aktion!"

Zwischen den Demonstranten und der Polizei, die die Gegend um das Landtagsgebäude in ein wahres Heerlager verwandelt hatte, ist es zu schweren Zusammenstößen gekommen.

Arbeiterdemonstrationen in Berlin

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei

Berlin, 2. Juni (Eig. Drahtb.)

Gestern abend bildeten sich in der Nähe des Landtages Arbeiterdemonstrationen. Während in der Sitzung die Kommunisten ihre Stimme für die Forderungen der notleidenden Erwerbslosen abgaben, konnte man am Potsdamer Platz und den umliegenden Straßen immer wieder die Sprechchöre von Arbeit-

Hungerunruhen an der Ruhr

Polizei schießt in Duisburg-Hamborn

Duisburg-Hamborn, 1. Juni (Eig. Meld.)

Als gestern revolutionäre Arbeiter Flugblätter verteilten, kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Zahlreiche Erwerbslose drangen gegen Abend in ein Lebensmittelgeschäft ein, das von Polizeibeamten in Zivil besetzt war. Die Polizei schoß scharf, wobei der Arbeiter Fritz Perlich durch einen Brustschuß so schwer verletzt wurde, daß er nach kurzer Zeit starb. Im Stadtteil Marxloh wurde die Polizei, die gegen die demonstrierenden Erwerbslosen vorging, mit Steinen beworfen. Daraufhin gab die Polizei Feuer, allerdings ohne jemand zu treffen.

Wohin?

Heute alles zum roten Generalappell in Dresden, Ausstellungspalast, 20 Uhr . Es nehmen teil alle Mitglieder der folgenden Organisationen: KPD, KJVD, RGO, IAH, RH, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Bund der Freunde der Sowjetunion, Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Assoziation der revolutionären Künstler, Kampfbund gegen Faschismus . Der Zutritt ist **nur** gegen Mitgliedsausweis gestattet

Die beste Agitproptruppe Deutschlands: Das Rote Sprachrohr, Berlin, spielt

Morgen, 4. Juni, alles heraus zur Massendemonstration für die Antifaschistische Aktion!

Hauptsammelplatz: Wilhelmplatz, 17.30 Uhr . Abmarsch 18 Uhr . Die Stadtteile stellen sich vorher auf ihren Sammelplätzen